

4 Wochen gratis.

STANDARD kostenlos und unverbindlich testen.



[derStandard.at](#) | [Politik](#) | [Meinung](#) | [Kommentare](#) | [Kommentare der anderen](#)

19. November 2006
18:15 MEZ

Strategie: Energiegewinn

Die EU wäre gut beraten, ihre Energieinteressen nicht an einen demokratischen Reformprozess zu koppeln ein **Kommentar der anderen** von Gerhard Mangott

In den vergangenen Monaten hat sich die Debatte innerhalb der Europäischen Union über werte- oder interessenbasierte Beziehungen zu Russland erheblich verschärft. Das eine, idealistische Lager verlangt, dass die demokratische Konditionalität zum zentralen Baustein im Beziehungsgeflecht erhoben wird; die nachdrückliche Forderung nach demokratisch-rechtsstaatlichen Reformen in Russland sollte demnach den Grad der Zusammenarbeit zwischen beiden Akteuren bestimmen.

Das andere, realistische Lager betont die strategischen Interessen, die Russland und die EU verbinden, die durch überzogene Konditionalität nicht belastet werden dürfen. Die nüchterne Bewertung dieser beiden Debattenstränge sollte nach meiner Ansicht zu einer realistischen Deutung der Beziehungsstränge zwischen der EU und Russland führen. Besonders deutlich lässt sich dies an der Energiezusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren deutlich machen.

Die Sichtweise des idealistischen Lagers verkennt die innerrussländischen Strukturen für eine demokratische Herrschaftsordnung. In Russland gibt es derzeit weder auf der Angebots- noch auf der Nachfrageseite die Grundlage einer nachhaltigen Demokratisierung des Landes. Die liberalen und demokratischen Bewegungen können sich wegen programmatischer Differenzen, vor allem aber wegen persönlicher Ambitionen und Rivalitäten nicht auf eine gemeinsame Front gegen den polizeistaatlich-reaktionären Kurs Putins zusammenschließen.

Den auf demokratische Mitbestimmung bedachten städtischen Bevölkerungsschichten bietet sich damit auf der Angebotsseite keine glaubwürdige und effiziente Alternative. Aber auch auf der Nachfrageseite fehlen derzeit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Demokratiebewegung: Die große Mehrheit der Bevölkerung zieht Stabilität und moderate Wohlfahrtssteigerung der demokratischen Mitbestimmung vor – niemals mehr als 15 Prozent der Bevölkerung haben in den letzten sechs Jahren die Möglichkeit, die Führung ihres Landes zu wählen, als einen unverzichtbaren Wert bezeichnet.

Angesichts einer solchen innerrussländischen Konstellation sollte sich die Europäische Union nicht darüber täuschen, die Demokratie in Russland kurzfristig voranbringen zu können. Nachhaltige, scharfe öffentliche und informelle Kritik an den autoritären Herrschaftsstrukturen ist ein unverzichtbares Gebot europäischer Russlandpolitik. Die Erwartung, dies könnte den Gang der Ereignisse in Russland nachhaltig verändern, ist aber leider nicht zutreffend.

Unzulässig

Auch aus diesem Grund ist eine Vermengung des demokratischen Konditionalitätsgebotes mit der Energiezusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union strategisch unzulässig. Russland bedient derzeit 25 Prozent des Gaskonsums und 27 Prozent des Rohölkonsums der EU-27. Der Importbedarf der Europäischen Union im Gas- und im Rohölsektor wird bis 2030 erheblich steigen. Die Gründe dafür sind erhebliche Nachfragesteigerungen im Gas- aber auch im Ölbereich in der EU, aber auch deutliche Produktionsrückgänge in der Gas- und Rohölförderung der Staaten der EU. Eine

zunehmend zu vergemeinschaftende Energiepolitik der EU muss angesichts dieses notwendigen Importzuwachses sowohl die Diversifikation der Energieträger – dies schließt auch die Nuklearenergie ein – als auch die Diversifikation der Versorgerländer betreiben. Dabei ist zu beachten, dass alternative Anbieter wie Iran, Algerien, Ägypten oder Nigeria hinsichtlich demokratisch-rechtsstaatlicher Standards der russländischen Lebenswirklichkeit deutlich nachhinken.

Russland wird aber trotz Diversifikation ein zentraler Versorger sein müssen. Dabei gilt es zusätzlich zu berücksichtigen, dass Russland seit Jahren versucht, seine Marktposition gegenüber den Abnehmerländern zu verbessern. Russland wird – mit einem außerordentlich hohen Finanzvolumen – seine Gas- und Pipelinenetze nach Ostasien ausbauen, um neue Märkte in China, Japan, Korea, den USA, Kanada und Mexiko zu erschließen. Die russländischen Energieträger werden daher nicht mehr ausschließlich für EU-Märkte verfügbar sein. Dabei steigt der Produktionszuwachs im russländischen Öl- und Gassektor ohnehin nicht stark genug, um den wachsenden Binnenverbrauch und die Nachfrage der EU-27 befriedigen zu können. Außerdem sieht sich die EU im schärfer werdenden globalen Nachfragewettbewerb nach Energieträgern mit Indien, der Volksrepublik China und den USA.

Zudem gibt es Anzeichen, dass es Russland gelingen könnte, ein Gaskartell mit alternativen (zukünftigen) Versorgerstaaten der EU aufzubauen, wodurch die EU noch unter zusätzlichen Druck gesetzt werden kann. Darüber hinaus wird sich Russland der Ratifizierung des Transportprotokolls der Energiecharta nachhaltig verweigern. Darin würde vor allem zentralasiatischen Gasproduzenten wie Usbekistan und Kasachstan das russländische Pipelinenetz nach Westeuropa zugänglich gemacht. Aus dieser Interessenkonstellation ergibt sich für eine nüchterne Energiepolitik der EU neben der erwähnten Diversifikation von Energieträgern und Energieversorgen auch eine zwingende langfristige Zusammenarbeit mit Russland im Energiesektor unter größtmöglicher Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen. Dazu zählen auch zusätzliche Versorgungsnetze wie die Nordeuropäische Gaspipeline, um unzuverlässige Transitländer wie Belarus oder die Ukraine unter Druck zu setzen. Die Konsequenzen für die Debatte über werte- oder interessenbasierte Beziehungen der EU mit Russland sind klar: Die Vermengung der strategischen Interessen im Energiesektor mit Menschenrechtsfragen ist unverantwortlich – zum einen wegen der strategischen Bedeutung Russlands für die europäische Energieversorgung, vor allem aber wegen der ohnehin beschränkten Möglichkeiten, den Demokratisierungsprozess in Russland nachhaltig voranzutreiben. (DER STANDARD, Printausgabe, 20.11.2006)

© 2006 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.